

Netz-Teil

Anke und Daniel Domscheit-Berg

Paradies der Profiteure



ILLUSTRATION: CAROLIN EITEL, AUTORENBILD: CHRISTIAN VAGT

Dem investigativen Journalismus ist mal wieder ein Coup gelungen. Rund 13,4 Millionen Dokumente wurden unter anderen der „Süddeutschen Zeitung“ aus der Steueroase Cayman Islands zugespielt. Dokumente, die einen bisher einzigartigen Einblick in die Welt von systematischer Steuerhinterziehung bieten, darüber hinaus aber vor allem auch interessante bis besorgniserregende Einsichten in Geldströme geben.

Die Inselkette, gerade mal 264 Quadratkilometer groß, hat ein Bruttoinlandsprodukt von mehr als 48000 US-Dollar pro Kopf und schafft es damit in die weltweiten Top 10. Muschel- und Schildkrötenexporte sowie der Tourismus allein erklären diesen Reichtum natürlich nicht, es ist vor allem die Steuer- und Finanzpolitik, die hierfür verantwortlich ist. Die Hauptstadt George Town beherbergt den fünftgrößten Finanzplatz der Welt. Mehr als 200000 Firmen sind hier registriert, etwa viermal so viele, wie es Einwohner auf den Caymans gibt. Zugleich sind die Inseln größter Hedgefonds-Standort der Welt, rund 40 Prozent aller Hedgefonds sind hier beheimatet. Die Gesetzgebung auf den Caymans erlaubt es wunderbar, hier Geld und finanzielle Verflechtungen zu verstecken, und so wird eine lange

Tradition fortgeführt. Früher waren es Piraten, die auf den Caymans ihre Beute vergruben. Heute sind es die Profiteure des Kapitalismus, die die paradiesischen Bedingungen auf den Inseln schätzen.

Die Praktiken auf den Caymans kamen vor einigen Jahren schon einmal in das Visier von Medien, investigativen Journalisten und Steuerfahndern. Im Jahr 2008 enthüllte ein Manager der Schweizer Privatbank Julius Bär die Aktivitäten der Bank.



Hier schreiben Anke und Daniel Domscheit-Berg, zwei notorische Netzaktivisten, Weltverbesserer, Start-up-Unternehmer und Gemüsebauern, jede Woche über die Welt - digital wie analog, vor allem aber über die Schnittstelle von beidem.

Es war damals eine der ersten großen Veröffentlichungen für uns bei Wikileaks. Die ganze Welt berichtete, viele Steuerbehörden untersuchten die Geschäfte der Bank, ein milliardenschwerer Börsengang musste abgeblasen werden. Im Zentrum der Affäre stand der Whistleblower Rudolf Elmer, der schon damals und noch heute mit den Folgen seiner Courage zu kämpfen hat. Nestbeschmutzer werden nicht nur ausgegrenzt, sondern man geht mit aller Härte gegen sie vor. Die Enthüller der Luxleaks können davon ein ähnliches Lied singen. Wir hatten damals viel Angst. Davon dass das Vorgehen gegen Rudolf Elmer andere Whistleblower abschrecken würde. Angst, dass die Caymans nun so zugängelt werden, dass nie wieder Informationen von dort an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Diese Woche wurde die Welt eines Besseren belehrt. Und das ist extrem gut so, denn wir sind noch sehr weit von einer ordentlichen Regulierung dieser Finanzplätze entfernt, ebenso wie wir noch immer den couragierten Whistleblowern keinen ordentlichen Schutz bieten können. Wir müssen uns als Gesellschaft dringend fragen, wieso wir zulassen wollen, dass an solchen Orten Geld in unvorstellbaren Mengen dem Rest der Gesellschaft vorenthalten werden kann. Wer Steuern hinterzieht, betrügt den Rest der

Gemeinschaft. Dies muss mit aller Härte verfolgt und sanktioniert werden. Es braucht mehr als ein paar Bauernopfer, sondern vielmehr eine systematische und organisierte Bekämpfung des Problems, die der Organisation des Betrugs in nichts nachsteht. Und wenn der Betrug an der Gesellschaft nicht genug ist, so müssen wir uns fragen, ob nicht auch die Intransparenz zu einem Problem wird, das wir uns nicht länger leisten können. Transparenz ist das einzige wirksame Mittel gegen eine Vertrauenskrise. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser - dieser einfache Grundsatz muss auch für die Geldströme gelten, damit wir endlich besser verstehen, wer hier wo die Finger mit im Honigtopf hat.

Die Bundesregierung hat schon die Datensätze aus den „Paradise Papers“ angefragt. Der Umgang mit dieser Anfrage wird sehr schwierig werden. Journalismus versteht sich ja nicht als Handlanger der Strafverfolgungsbehörden. Wir würden uns trotzdem wünschen, dass diese Daten so offengelegt werden, dass jeder einzelne Euro an hinterzogenen Steuern eingetrieben und die Betrüger verhaftet werden - bitte ohne Deals und die Option sich freizukaufen. Ganz offensichtlich ist diese Lektion nämlich immer noch nicht angekommen.